

Kameradschaft

Mitteilungsblatt

Aktiv



März / April 2020 - Nr. 03/04

Aktuell—informativ—kritisch



Pandemie!

**Der Präsidenten-
brief an die
Kameradschaften**

Seite 2

**Pandemie 2020
Extreme Auswir-
kungen**

Seite 2-3

**Brennpunkte der
Weltpolitik: Die
vertagte Schlacht**

Seite 6

**Aktuelle Berichte
aus den
Kameradschaften**

ab Seite 8



Der Präsidenten-brief an die Kameradschaften



SKB Präsident
Josef Michael Hohenwarter

Liebe Kameraden!

Die Corona-Pandemie hat unser Land im Griff. Was bisher undenkbar schien, musste in kürzester Zeit umgesetzt werden: Quarantänemaßnahmen für ganze Gemeinden und Täler, eine Ausgangssperre für das ganze Land, Zwangsschließungen von Geschäften und Gastronomiebetrieben und vieles mehr. Die Krise trifft jeden Einzelnen von uns. Sie verlangt Einschränkungen in der persönlichen Lebensweise, sie führt zu wirtschaftlichen Verlusten bis hin zum Verlust des Arbeitsplatzes.

Niemand hätte geglaubt, dass innerhalb kürzester Zeit ein ganzes Land stillsteht. Bundes- und Landesregierung haben die notwendigen Maßnahmen entschlossen veranlasst. Österreich hat so eine Vorreiterrolle in der Bekämpfung der Pandemie eingenommen und damit Zeit gewonnen. „Zeit gewonnen, ist alles gewonnen“, lautet eine Soldatenweisheit.

Diese Zeit benötigen wir dringend, um eine Verlangsamung der Infektionsrate zu erreichen. Damit wird sichergestellt, dass unser Gesundheitssystem nicht, wie in Italien, an den Rand des Zusammenbruches gerät. Auch das vielgescholtene Bundesheer ist plötzlich wieder gefragt und bildet mit seinen

kaputtgesparten Kapazitäten die Notfallreserve unseres Staates. Die Krise hat auch vor dem Salzburger Kameradschaftsbund und den einzelnen Kameradschaften nicht haltgemacht. So mussten neben dem Milizschießen im Mai zahlreiche Veranstaltungen ersatzlos abgesagt werden. Ein Ende der Notmaßnahmen ist zurzeit noch nicht absehbar.

Jede Krise hat aber auch eine positive Seite: Die Menschen in unserem Land rücken überall zusammen. Streit wird begraben und gegenseitige Hilfe groß geschrieben. Damit wird Kameradschaft in ihrem eigentlichen und schönsten Sinn gelebt. Auch wenn die Lage alles andere als bewältigt ist, so bin ich schon jetzt stolz auf diesen Zusammenhalt. Ich weiß, dass wir diese Krise gemeinsam bewältigen und gestärkt aus dieser hervorgehen werden. Unser Land hat schon Schlimmeres erfolgreich überstanden und das wird bei dieser Pandemie nicht anders sein.

Auch wenn ein Ende der Notfallmaßnahmen noch nicht absehbar ist, so bin ich mir sicher, dass wir viele unserer Veranstaltungen zu gegebener Zeit werden nachholen können. Ich bin mir auch sicher, dass wir dann mit Stolz auf die gemeinsam erbrachte Leistung in dieser Krise zurückblicken werden. Und ich hoffe, dass die Erinnerung an diese Krise uns dann Mahnung sein wird, Vorkehrungen für die Zukunft zu treffen. Wir müssen uns bewusst sein, dass unsere Gesellschaft verletzlich ist. Daher müssen wir mehr für unsere Sicherheit (Bundesheer) investieren. Wir sind dazu aufgerufen, unsere Kameradschaft zu pflegen und zu leben. Gemeinsam sind wir stark!

Euer
Bgm. Josef M. Hohenwarter
Präsident

Pandemie 2020-Extreme Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft

Die Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2020, welche von der Direktion für Sicherheitspolitik unter Federführung von Generalmajor Mag. Dr. Johann Frank erstellt wurde, widmet sich den für Österreich relevanten Bedrohungen, darunter auch Pandemien. „So werden auch im verteidigungspolitischen Risikobild Pandemien als Ereignisse mit zunehmender Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkungen von an die hundert Prozent auf die Sicherheit unserer Republik beurteilt.“

Weiter heißt es: „Pandemien haben extreme Auswirkungen auf Bevölkerungen, Staaten und die Wirtschaft. Gleichzeitig muss die Sicherheitsvorsorge im Bereich der Pandemie-risiken als unzureichend beurteilt werden. (...) Die Krankheitserreger mit Pandemiepotenzial sind leicht übertragbare, hoch potente Pathogene, gegen die es nur insuffiziente Gegenmaßnahmen gibt. (...) Die bekanntesten darunter sind (...) MERS-CoV (Middle East Respiratory Syndrom Coronavirus) und SARS (Severe Acute Respiratory Syndrome).“

Auch über die Folgen solcher Pandemien spricht die Studie Klartext: „Pandemien können verheerende Folgen auf die Gesellschaft als Ganzes haben. Neben unzähligen Behandlungsbedürftigen und Todesopfern können auch staatliche Dienstleistungen und die Wirtschaft zum Erliegen kommen. Ein Kollaps des Gesundheitssystems, Engpässe bei der Nahrungsmittelbereitstellung, (...) führen zu nicht bewältigbaren Belastungen des heimischen Staatsgefüges und seiner

verunsicherten Gesellschaft (...). Ein Virus kann sich innerhalb von 36 Stunden weltweit ausbreiten, fünf Prozent der Weltwirtschaft lahmlegen und dabei geschätzt 50 bis 80 Millionen Menschen töten, warnt das Global Preparedness Monitoring Board (...).“

Es scheint fast, dass die Sicherheitspolitische Jahresvorschau das Drehbuch für den Katastrophenverlauf, der nun die ganze Welt erfasst haben dürfte, vorgibt. Der Krankheitserreger, der mutmaßlich erstmals im Dezember 2019 auf einem Wildtiermarkt im zentralchinesischen Wuhan auf einen Menschen übergesprungen ist, wuchs sich, begünstigt durch Fehleinschätzungen des chinesischen Regimes, innerhalb von wenigen Wochen zur globalen Pandemie aus und hat nun zahlreiche Staaten in der ganzen Welt an die Belastbarkeitsgrenze geführt.

Vorbereitung ist das Um und Auf!

Die Sicherheitspolitische Jahresvorschau leitet ganz konkrete Forderungen ab: „Die Vorbereitung auf eine Pandemie, sei sie natürlich oder als terroristischer Akt ausgelöst, muss ein prioritäres Ziel der Regierung und der österreichischen Sicherheitsstrategie sein, (...) was vor allem auch eine internationale Vernetzung voraussetzt. Pandemiepläne müssen die Kooperation innerhalb des komplexen Bereichs des Gesundheitswesens sowie sämtlicher Organisationen und Strukturen für Sicherheit, Verkehr, Energieversorgung, Trinkwasser- und Nahrungsmittelversorgung und nicht



zuletzt Bildung berücksichtigen. Eine wesentliche Rolle liegt auch in einer koordinierten Vorgangsweise der Medien und ihrer Berichterstattung. (...) Impfungen sind nach derzeitigem Stand der Wissenschaft die Maßnahme der Wahl bei Viruserkrankungen. (...). Das eröffnet auch die Debatte zur Impfpflicht. Zur Therapie (...) müssten entsprechende Lagerbestände an Medikamenten (...) vorgehalten werden, die im Anlassfall verabreicht werden können, um die vermutlich monatelange Phase bis zum Einsatz eines neuen Impfstoffes überbrücken zu können.

Auch die Strukturen für Quarantänestationen, Hochisoliereinheiten und Patiententransportmöglichkeiten sind zu erweitern.“ Und nicht zuletzt kommt auch dem Bundesheer als strategischer Reserve der Republik entscheidende Bedeutung zu: „Die Unterstützung des Österreichischen Bundesheeres (...) ist von hoher Relevanz.“

Neben der Logistik durch Lagerungs- und Transportkapazitäten könnten vor allem durch die Zusammenarbeit des speziell geschulten Personals der Sanitätskräfte und der ABC-Abwehrtruppe sowie durch Bereitstellung notwendiger Strukturen sämtliche erforderliche Maßnahmen wie Surveillance, Detektion und Prävention bis hin zur Dekontamination, Quarantäne und Isolation unterstützt werden – vorausgesetzt die notwendigen personellen, materiellen und infrastrukturellen Ressourcen sind sichergestellt. Gegenwärtig ist dies aber nicht der Fall.“ Soweit dieser Bericht.

Österreich handelt entschlossen

Die Bundesregierung nahm die auch Österreich mit zunehmender Geschwindigkeit erfassende Pandemie ernst und agierte mit der gebotenen Entschlossenheit. Damit stand Österreich in wohlthuendem Gegensatz zu manchen anderen europäischen Staaten, an vorderster Stelle Italien, das mit Erscheinungen eines

Systemversagens im staatlichen Management und im Gesundheitswesen zu kämpfen hat.

Bereits ab 16. März 2020 wurden in Österreich sprichwörtlich die Rollläden und damit die Republik auf Notbetrieb heruntergefahren. „Es geht darum, das Virus auszuhungern“, so Bundeskanzler Kurz im ORF. Dafür müssten nun alle zusammenhelfen und ihren Beitrag leisten, dann könne es gelingen, dass man das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben nach Ostern wieder aufleben lassen könne. Trotz des stufenweisen Vorgehens der Bundesregierung und Aufrufen zur Besonnenheit kam es zu teilweisen Hamsterkäufen und unschönen Szenen.

Deutlich wurde auch in dieser Phase, dass die Exekutivkräfte keinesfalls über die notwendigen Reserven zur Krisenbewältigung verfügten.

Bundesheer gefordert

Sehr rasch wurde daher auch der Assistenzeinsatz des Bundesheeres, zunächst zur Unterstützung der Versorgungs- und Handelsinfrastruktur, in weiterer Folge aber auch zur Überwachung der Staatsgrenze erforderlich, um einer unkontrollierten Verbreitung der Infektionswelle zu begegnen.

Am 23. März wurde schließlich – erstmals in der II. Republik (!) – durch Ministerin Klaudia Tanner eine Mobilmachung von Milizverbänden ab Anfang Mai bekanntgegeben. Rund 3.000 Milizsoldaten werden ab 4. Mai ihren Dienst beginnen. Mobilgemacht würden einzelne Jägerkompanien aus ganz Österreich, zur Unterstützung der Exekutive. Die Milizsoldaten sollten dann für einen Zeitraum von etwa drei Monaten zur Verfügung stehen, womit auch die Einschätzung der zeitlichen Dimension der Kreise unterstrichen wurde.

Dabei ist es erst einige Wochen her, dass die Verteidigungsministerin eine Sitzung mit höchsten Offizieren des Bundesheeres wutentbrannt verlassen hatte, als diese den Budgetkurs der Bundesregierung kritisiert hatten.

Trotz aller Sparmaßnahmen wird das Bundesheer auch dieses Mal der Bevölkerung entscheidend zur Seite stehen, eine Prognose kann aber bereits jetzt abgegeben werden: Nach dem Ende der Krise werden Sparpakete erforderlich werden, um die finanzielle Handlungsfähigkeit für Österreich zu erhalten. Geld wird dabei für alles und jedes vorhanden sein, für das Bundesheer wohl wieder nicht.

Und so gilt wohl: „Gott und den Soldaten betet man an in Zeiten der Not und der Gefahr – ist beides vorüber, wird beiden gleich vergolten: Gott vergessen der Soldat gescholten!“



Das Bundesheer unterstützt bei der Kontrolle der Grenze am Walserberg

Aus dem ÖKB-Bundesvorstand



ÖKB Präsident
Bgm. a.D. Ludwig Bieringer

Liebe Kameraden!

Wir durchleben eine Krise, die uns vor große Herausforderungen stellt. Wieder einmal muss das Bundesheer als Rettungsanker herhalten. Das tut es auch! Dennoch muss an dieser Stelle auf die Fehlentwicklungen der letzten Jahre hingewiesen werden. In den 2000er Jahren verfolgte ein Verteidigungsminister einen völlig verfehlten Kurs: Das Bundes-

heer sollte in ein (kleines) Berufsheer für internationale Einsätze umgebaut werden! Zwar wurden diese Bestrebungen durch Volksentscheid im Jahr 2013 beendet, der Schaden war aber angerichtet: Kasernen zum Schleuderpreis verkauft, Heeresspitäler und Sanitätseinrichtungen aufgelöst, Militärärzte und Krankbetten verloren. Dazu kam der Verlust der Transportkapazität.

Aus Budgetgründen konnten Fahrzeuge nicht mehr in Stand gesetzt werden, neue Fahrzeuge wurden jedoch kaum beschafft. Wenn in der letzten Zeit davon die Rede war, dass Kasernen als „Sicherheitsinseln“ auszustatten wären, dann ist festzustellen, dass das Gegenteil davon geschehen ist. Mit den verscherbelten Kasernen gingen Tankstellen verloren, Tankstellen in den kleineren Kasernen wurden stillgelegt. Kraftstoffreserven wurden aus budgetären Gründen kaum mehr angelegt und

reichen diese zumeist nur noch für die Eigenversorgung des Bundesheeres aus. Und nicht zuletzt sei auch darauf verwiesen, dass durch die Errichtung von einigen Zentralküchen, aus denen die übrigen Standorte versorgt werden, Kapazitäten im Küchenbereich einschließlich des Personals verloren gingen.

Auch die vorhandenen und zu Ende der 1990er Jahre eingeführten neuen Feldküchen wurden stillgelegt und zum größeren Teil verkauft. Was mit den Küchen geschehen ist, das hatte auch Einfluss auf die Lebensmittelbevorratung. Als gelernter Wirtschaftsunteroffizier weiß ich, dass das Bundesheer zu Zeiten der Raumverteidigung über einen Basisvorrat von zwei Wochen und darüber hinaus noch einmal, vertraglich gesichert, über Lebensmittel für weitere zwei Wochen verfügen konnte. Diese Vorräte wurden ebenfalls aufgelöst. Unter dem Strich bleibt festzu-

halten, dass auf Grund völlig falscher Planvorstellungen Fähigkeiten aufgelassen wurden, die gerade zum Schutz unserer Bevölkerung dringend erforderlich wären. Das Bundesheer wird dieses Mal wieder seinen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten.

Dieser Beitrag ist unverzichtbar! Festzustellen ist aber, dass sich die geforderte Leistung des Heeres am untersten Rand des Fähigkeitsspektrums bewegt. Und trotzdem ist das Bundesheer damit bereits erheblich gefordert. Was wäre, wenn nun nicht nur eine Pandemie zu bewältigen wäre, sondern vielleicht auch noch eine Naturkatastrophe, Unruhen oder ein erneuter Migrationsstrom? Darüber sollte spätestens beim nächsten Verteidigungsbudget einmal nachgedacht werden!

Euer
Ludwig Bieringer
Präsident

Auf Horchposten

Chapeau Griechenland!

Im Trubel der Corona-Pandemiekrise ist eine bedenkliche Entwicklung an den Außengrenzen der EU fast untergegangen.

Der sich zunehmend in den syrischen Treibsand verstrickende Bosphorus-Autokrat Erdogan schickte in erpresserischer Absicht abermals zigttausende Migranten los, aggressiv von der türkischen Grenzpolizei unterstützt, um Finanzhilfen der EU zu lukrieren.

Während noch die links-extreme Vorgängerregierung Griechenlands die Tore Europas für Hunderttausende weit geöffnet hatte, zeigte nun die neue bürgerliche Regierung Rückgrat.

Sie schloss die Landesgrenze zur Türkei trotz der aggressiven Angriffe der Migranten, die

vorwiegend aus Afghanistan und Pakistan, aber kaum aus Syrien kamen. Bilder der schlachtähnlichen Szenen an den Grenzübergängen machten zuletzt die Runde! Im Tränengasdampf gelang es mehrfach den Sturm auf den Grenzzaun abzuwehren.

Damit haben die Griechen die Außengrenzen der EU wirksam geschützt, etwas, von dem die EU seit langem redet, aber in Verfolgung der Merkel-Linie bisher nicht zu Stande gebracht hat.

Zwar ist eine stabile und deutliche Mehrheit hierzulande (rund 61 Prozent) gegen die Aufnahme von so genannten „Schutzsuchenden“, jedoch darf auch nicht unterschätzt werden, dass sich die Lobby der „Refugees-Welcome-Bewegung“ noch keinesfalls geschlagen gibt, deren Agenda nur in die Zerstörung Europas

münden kann, ob absichtlich oder aus Dummheit, kann dahingestellt bleiben. Wenn Italien nun Ex-Innenminister Salvini für seine kompromisslose Haltung in der Migrationsagenda vor Gericht stellen lässt und das Spanien von Pablo Sanchez zwischen Migrantenabwehr und Pro-Migrationskurs oszilliert, so sind das ebenso warnende Vorzeichen, wie Politiker, die - nicht nur in Deutschland - die Aufnahme von „minderjährigen Flüchtlingen“ aus griechischen Lagern fordern, trotz der Tatsache gerade damit „Pull-Effekte“ in Form von „Ankerkindern“ und dem späteren Nachtzug ganzer Familienverbände zu schaffen.

Griechenland hat, vielleicht in noch höherem Ausmaß, als seinerzeit Außenminister Sebastian Kurz oder Ungarns Viktor Orban, gezeigt, dass



Europas Außengrenzen geschützt werden können. Im Interesse von uns allen wäre Griechenland dabei ideell, materiell und finanziell zu unterstützen. Die Wiederholung einer Massmigration, wie sie 2015 stattfand, würde die europäischen Gemeinwesen und deren Stabilität in mehrfacher Hinsicht überfordern. Trotz Corona-Pandemie sollten wir daher auch andere Entwicklungen „auf dem Schirm behalten“ und die nötigen Vorkehrungen treffen.

Hier wäre das Geld besser angelegt, als für die Welt-Klima-Rettungs-Phantastereien einer Ursula von der Leyen oder zur Beschwichtigung Erdogans. Vorerst aber gilt: „Chapeau Griechenland!“

Corona - eine Bewährungsprobe „der Miliz“?



Brigadier Manfred Gänsdorfer

Um Missverständnisse auszuschließen: Es ist begrüßenswert, wenn die Bundesregierung im Zuge der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise das Bundesheer als „strategische Handlungreserve“ in Anspruch nimmt. Ganz besonders, wenn dies in Erinnerung an die Versäumnisse im Fall YU erstmalig in der Geschichte der 2. Republik mit einer Teilmobilisierung geschieht. Den mobilgemachten Soldaten, die ab Mai einen Einsatzpräsenzdienst leisten, gebührt dazu nicht nur Respekt, sondern auch der Wunsch zu Soldatenglück. Respekt deshalb, weil es sich bei diesem Personenkreis um Freiwillige handelt, die einst die Erklärung abgegeben haben, in der Armee als Bürger in Uniform über ihren 6-monatigen Grundwehrdienst hinaus zur Verfügung zu stehen.

Kurzer Exkurs: Der Verfassungsgesetzgeber hat bekanntlich einst einstimmig beschlossen, das Bundesheer nach den Grundsätzen eines Milizsystems einzurichten. Unser Bundesheer steht dazu im Gegensatz, denn ein ganz wesentliches Merkmal dieses Organisationsprinzips sind kurze Basisausbildung und danach zeitlich gestaffelte Übungen der Truppe zur Einsatzvorbereitung. Und genau letztere wurden aus fragwürdigen Gründen als Teil der allgemeinen Wehrpflicht abge-schafft. Warum? Das populistische Motiv mag in der Vision eines Berufsheeres als Teil eines internationalen Militärpakts zu finden sein. Doch dieser Vorstellung hat die österreichische Bevölkerung mit einem Referendum eine deutliche Absage erteilt. Dennoch wurde von der Heeresführung unter dem Titel „Professionalisierung“ die Existenz „präsen-

Kräfte“ angestrengt und die bestehende Milizorganisation ausgehungert. Parallel zu deren Abschaffung wurden zum Anschein der Aufrechterhaltung einer verfassungskonformen Struktur 10 leicht bewaffnete Jägerbataillone aufgestellt, die jedoch leider weder personell (weil Freiwillige) noch materiell entsprechend ausgestattet wurden. Aus diesen wird nun zur Unterstützung der Maßnahmen gegen die Pandemie jeweils eine Kompanie aufgeboden.

Dem Vernehmen nach hat sich ein guter Teil der Menge einstiger Freiwilliger aus diversen Gründen wegen Unabkömmlichkeit entschuldigt. Das ist mehr als bedenklich. Der Mannhaftigkeit und der Treue zum Staat jener, die nun ihrer Einberufung Folge leisten, darf dies kein Abbruch der Anerkennung sein. Für die politische Führung besteht dennoch das Handlungsgebot unser Heer wieder verfassungskonform zu organisieren. Auch der Bedarf verlangt ein Bundesheer nach den Grundsätzen eines Milizsystems!

Nicht „milizartig“, nicht mit einer Miliz als „zusätzlicher Teilstreitkraft“ und auch nicht mit einer solchen als „wichtiger Eckpfeiler des Heeres“. Das Apostrophierte ist nicht frei erfunden, sondern ist aus amtlich veröffentlichten Darstellungen der Organisation unseres Heeres und unzähligen Politikerreden belegbar. Es macht die Sache nicht besser, wenn diese Attribute von angeblich versierten uniformierten Beratern in die Öffentlichkeitsarbeit bzw. in „Sprechzettel“ oder Redemanuskripte eingebracht wurden.

Bleibt uns diese Chimäre erhalten?

Aus vielen Beispielen sei ein aktuelles angeführt. Ende März - es wird in jenen Tagen eine Teilmobilisierung verkündet - erscheint der in Reichweite der Tageszeitungen an vierter Stelle liegende Kurier mit einer groß aufgemachten Beilage unter dem Titel „Fakten“ zur Sicherheit. Sucht man nach dem Herausgeber, ist dieser kleingedruckt fast nicht auszumachen. So wird es vermutlich von den meisten Lesern als redaktioneller Teil der Tageszeitung wahrgenommen. Das mag, wenn es um die Unterstützung im Kampf gegen das Coronavirus geht, zu begrüßen sein. Ganz besonders, wenn auf einer Doppelseite der amtliche Milizbeauftragte in einem Interview den Stellenwert von „Bürgern in Uniform preist“. Seine Aussagen haben schließlich nicht nur bei wehrpolitisch Unbedarften Gewicht, sondern auch bei sogenannten politischen Eliten.

Doch: Wenn es in der Politik gilt, den Bürgern „reinen Wein einzuschenken“- ganz besonders wenn es um Schutz und Hilfe für unsere Bevölkerung und deren Lebensgrundlagen geht -ist es völlig unverständlich, die nun bevorstehende Einberufung von 3.000 Soldaten als „Teilmobilisierung der Miliz“ zu bezeichnen.

Absurd wird es geradezu, wenn der Milizbeauftragte selbst in einem auf einer Doppelseite breiträumig dargestellten Interview von „10 Prozent der Miliz“ spricht und von einer „Miliz“ die Rede ist, die regelmäßig übt. Denn eine solche, der Intention des Gesetzgebers nach, gibt es nicht!

Von einer „Miliz mit 27.000 Mann“ wie dies im Interview des Milizbeauftragten (der es eigentlich wissen müsste) zum Ausdruck kommt, kann keine Rede sein. Ob 27.000 oder 30.000 macht keinen Unterschied, denn ohne entsprechenden Organisationsrahmen, ohne Feldzeuggerät, ohne Transportmittel und ohne Übungen gibt es diese „Miliz“ höchstens als „Fata Morgana“. Eine solche ist weder verfassungskonform noch bedarfsgerecht. Und schon gar nicht ist sie eine strategische Handlungreserve der Republik für Anlassfälle, die über einen sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz hinaus gehen. Sei es „bloß“ ein Blackout oder eine neue Migrationswelle ...

An Regierung, Gesetzgeber und an die Verantwortungsträger in Militär und Politik sei appelliert, nicht nur von Wiederherstellung der Verfassungskonformität unseres Heeres zu reden, sondern Taten folgen zu lassen. Eine erste Maßnahme wäre die Einführung allgemein verpflichtende Truppenübungen. Schließlich schreibt der Gesetzgeber eine allgemeine Wehrpflicht vor - kein Freiwilligenheer.

Denn nur so kann unter den österreichischen Rahmenbedingungen ein Heer der notwendigen Größe aufkommen. Eines, das - entsprechend strukturiert, ausgestattet und trainiert - auch nachhaltig eingesetzt werden kann. Und dann könnte ein Milizbeauftragter als wehrgesetzlich vorgesehener Berater des Ministers im Fall einer Einberufung von 3.000 Soldaten des Milizstandes von einer Armee reden, die nach dem Milizprinzip organisiert ist. Aber so?



Brennpunkte der Weltpolitik: Die vertagte Schlacht um Idlib

Die Bilder gingen um die Welt: Als der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan am 5. März zur Staatsvisite zu Wladimir Putin nach Moskau gekommen war, ließ der russische Präsident seinen türkischen Amtskollegen lange zwei Minuten vor laufenden Kameras vor der verschlossenen Tür des Kreml warten. Dem sichtlich ungedulden Erdogan blieb nichts anderes übrig, als diese Demütigung hinzunehmen.

Bereits im September 2018 hatten Putin und Erdogan ihre Einflusszonen in Syrien wechselseitig abgesteckt und eine sogenannte „Deeskalationszone“ in Idlib vereinbart, die entlang der „Sotschi-Linie“ durch türkische und syrische Beobachtungsposten abgesichert wurde. Im Sotschi-Abkommen wurde auch der Kampf gegen „Terroristen“ legitimiert, ohne jedoch festzulegen, wer als „Terrorist“ gilt.

Diesen Freiraum des Abkommens begannen die syrischen Regierungskräfte zu nutzen, als sie ab April 2019 mit ihrer Offensive auf die Rebellenklave um Idlib begannen. Die Angriffe folgten dabei dem sattem bekannten Muster: die von den Rebellen kontrollierten Geländeabschnitte und

Ortschaften wurden tages-, manchmal wochenlang bombardiert, um diese zu entvölkern. Dann wurden diese militärisch besetzt, wobei es immer wieder auch zu heftigen Gefechten mit den Kämpfern der islamistischen Tahrir-al-Sham kam. Auf diese Weise wurde von der Regierung zunächst unmittelbar nördlich der Stadt Hama Geländegewinn erzielt (Khan Shaykhun und andere Ortschaften) und somit der Frontverlauf begründet.

Heftige Kampfhandlungen ab Dezember

Zu einer Intensivierung der Offensive kam es ab Dezember 2019. Russland, das dem syrischen Regime bisher nur sehr begrenzte Handlungsfreiheit gegeben hatte, ebnete durch die erweiterte Luftunterstützung den Weg für größere Geländegewinne. Diese wurden zunächst wiederum im südlichen Abschnitt erzielt (Maarat-al-Numan), dann aber auch in der unmittelbaren Umgebung von Aleppo. Letztlich wurde die wichtige Verbindungslinie M5 zwischen Hama und Aleppo freigekämpft. Die türkischen Kontrollposten wurden umgangen oder belagert, allerdings kam es auch zu mehreren Zwischenfällen und Todesopfern unter türkischen Soldaten,

was zu türkischen Warnungen und auch Vergeltungsschlägen führte. Trotzdem zeichnete sich nach der Einnahme der Ortschaft Saraqib im Kreuzungsgebiet der Versorgungsstraßen M4 und M5 ein möglicher Fall der Provinzhauptstadt Idlib ab.

Die Türkei reagierte zunächst mit einem Ultimatum zum Rückzug der Regierungskräfte bis Ende Februar und erhöhte den Druck auf Assad indirekt. Durch verbesserte nachrichtendienstliche Informationen gelang es den Aufständischen vermehrt hochrangige Offiziere der Regierungsarmee und verbündeter Milizen auszuschalten. Neben den bereits bekannten Panzerabwehrlekturwaffen TOW dürften die Rebellen nun auch eine gewisse Anzahl von Fliegerabwehrlekturwaffen (Man Portable Air Defense System-Manpad) erhalten haben, was prompt zum Abschuss von zwei Regierungshubschraubern führte. Die Hubschrauber mit ihren Fassbomben konnten damit zwar auf Distanz gehalten werden, allerdings traten vermehrt Jagdbomber mit Abstandswaffen in Aktion.

Heftigkeit des türkischen Gegenschlages überrascht

Kollateralschäden konnten so nicht ausbleiben. Am 27. Februar traf ein Luftschlag mutmaßlich russischer Kräfte die türkische Armee, die rund 50 Gefallene zu beklagen hatte. Am 1. März folgte der türkische Gegenschlag: hochmoderne türkische Kampfdrohnen aus eigener Produktion trafen Panzer, Geschütze, Truppenansammlungen und mindestens eine „Pantsir“-Luftabwehreinheit sowie zwei Militärflughäfen der Syrer. Die türkischen Zahlenangaben (diesen zu Folge wurden acht Hubschrauber, 103 Panzer und 72 Geschütze zerstört) sind zwar mit Vorsicht zu genießen, erhalten aber Stützung durch Videoaufnahmen der türkischen Drohnen, die Dutzende explodierender

Panzer zeigen, deren Standorte durch Recherche der Koordinaten auch identifiziert werden konnten. Jedenfalls bestätigen diese Zahlen die Heftigkeit des Schlages. Zwei Su-24 der syrischen Luftstreitkräfte wurden von türkischen F-16 abgeschossen, der Luftraum über Idlib stand somit unter Kontrolle der türkischen Luftwaffe.

Im Gefolge des Zusammenbruchs der Regierungseinheiten konnten die Rebellen verlorenes Terrain zurückgewinnen. Die Front stabilisierte sich schließlich entlang der M5, die somit als wichtige Verbindungslinie von den syrischen Kräften weiter genutzt werden kann. Russland ließ die Türkei ungehindert gewähren, richteten sich deren Schläge doch ausschließlich gegen syrische Verbände und deren Milizen.

Mit seiner Nichtreaktion stellte Putin klar, dass für Moskau die Kontrolle über Idlib sekundär und dass Assad ohne russische Unterstützung nicht überlebensfähig ist, womit dessen Anlehnung an Moskau vermutlich noch gestärkt wird. Erdogan zeigte, dass Idlib für die Türkei als Pufferzone, um Flüchtlinge von der türkischen Grenze fernzuhalten, von essentieller Bedeutung ist. Er vermied dabei den direkten Konflikt mit Putin und trug damit den militärischen und wirtschaftlichen (Bedeutung der Pipeline Turk Stream für die Türkei) Gegebenheiten Rechnung. Mit dem ausgehandelten Waffenstillstand bleibt der Konflikt in Idlib vorerst unentschieden. Klargestellt ist damit aber deutlich, dass die entscheidenden Faktoren für Syrien Putin und Erdogan sind. Bei diesen liegen alle wichtigen Entscheidungen. Dies wird noch unliebsame Folgen haben!

Abgeschlossen 3.4.2020



29. Februar 2020: 11. Tag des Salzburger Kameradschaftsbundes



v.l.n.r.: Markus Bichler (Bezirksobmann Pongau), Hannes Siebenhofer (Bezirksobmann Lungau), Landesrätin Maria Hutter, Sebastian Brunner, Albert Preims (Bezirksobmann Stadt Salzburg), Josef Hohenwarter (Präsident des Salzburger Kameradschaftsbundes), Wolfgang Rettenbacher (Bezirksobmann Tennengau), Ludwig Bieringer (Präsident des ÖKB).

Bekanntnis zur besseren Ausstattung des Bundesheeres und zum Ehrenamt

Es ist mittlerweile bereits geübte Tradition, dass sich Abordnungen der 136 Salzburger Kameradschaften am ersten Samstag in der Fastenzeit zum „Tag des Salzburger Kameradschaftsbundes“ zusammenfinden. Dabei soll nicht nur Kameradschaft gelebt werden, vor allem geht es darum, Neues aus dem Landesverband und den anderen Kameradschaften zu erfahren.

Zum 11. Tag des Salzburger Kameradschaftsbundes trafen am 29. Februar mehr als 200 Kameraden im Nationalparkzentrum in Mittersill zusammen. An Ehrengästen konnten u.a. begrüßt werden: Abgeordnete zum Nationalrat Gertraud Salzmann, die Abgeordneten zum Salzburger Landtag Karin Berger und Hannes Schernthaler,

Landesrätin Maria Hutter, Bürgermeister Wolfgang Viertler und der Präsident des Österreichischen Kameradschaftsbundes Ludwig Bieringer.

Erfolgreiche Jahresbilanz des Salzburger Kameradschaftsbundes

Der Präsident des Salzburger Kameradschaftsbundes, Bürgermeister Josef Hohenwarter, informierte in seinem Referat über die großen Vorhaben des vergangenen Jahres: den Bundesdelegiertentag im April 2019, Milizschießen mit rund 1.000 Teilnehmern und Friedenswallfahrt nach Maria Plain. Dazu konnten Präsident Hohenwarter bzw. Kassier Franz Jammernegg auf eine solide finanzielle Basis des Salzburger Kameradschaftsbundes verweisen.

Wie auch die Berichte aus den Bezirken belegten, konnte sich der Salzburger Kameradschaftsbund im abgelaufenen

Jahr über eine leicht steigende Mitgliederanzahl erfreuen. Ein Ausblick auf die anstehenden Vorhaben beendete den Bericht des Präsidenten. Präsident Bieringer sagte: „Heute bei der Fahrt in den Pinzgau habe ich wieder zu mir gesagt, dass wir wirklich in einem wunderbaren Land leben. Ein Land, das es verdient geschützt zu werden. Der Schutz unseres Landes und seiner Bevölkerung erfordert aber auch die nötigen Mittel. Der Kameradschaftsbund wird daher nicht müde werden, diese Mittel für unser Bundesheer immer wieder einzufordern, bis auch die Verantwortlichen in der Politik die Notwendigkeiten erkennen.“

Landesrätin Maria Hutter und Bürgermeister Viertler wiesen in ihren Grußworten darauf hin, dass Ehrenamt für unsere Gesellschaft unverzichtbar sei. Sie begrüßten daher die Anwesenden Funktionäre mit der Ermunterung in ihrem Engage-

ment für ihren Verein bzw. vor allem für die Salzburger Bevölkerung fortzuführen.

Hohe Auszeichnung für den emeritierten Bezirksobmannes des Pinzgaus

Einen besonderen Höhepunkt bildete die Ehrung des emeritierten Bezirksobmannes des Pinzgaus, Sebastian Brunner. Dieser hatte nach 20-jähriger Funktionsdauer sein Amt an Oberst Johannes Viehhauser aus Rauris übergeben.

Der Salzburger Kameradschaftsbund dankte Sebastian Brunner für seine verdienstvolle Amtsführung, Sebastian Brunner war auch jahrelanger Obmann der Kameradschaft Taxenbach, mit der Verleihung einer der höchsten Auszeichnungen des Salzburger Kameradschaftsbundes: Dem großen Ehrenzeichen mit Stern in Gold.



Die Präsidenten Assad und Putin mit den Verteidigungsministern Ayyoub und Schoigu am 7. Januar 2020.



Berichte aus den Kameradschaften



Salzburg Stadt

Bundesheer

28. Februar 2020 - „Ich gelobe...!“ in der Schwarzenberg-Kaserne



Großer Tag für 460 Rekruten des Bundesheeres. Im Beisein von zahlreichen Vertretern aus Politik und Militär, von Traditionsverbänden sowie Familienangehörigen legten Salzburgs Soldaten in der Schwarzenbergkaserne ihr Treuegelöbnis auf die Republik Österreich ab.

Die Soldaten kamen vom Radarbataillon, dem Pionierbataillon 2, dem Jägerbataillon 8 und dem Militärkommando Salzburg aus der Schwarzenberg-Kaserne (Salzburg), dem Führungsunterstützungsbataillon 2 aus der Kroatien-Kaserne (St. Johann/Pongau), dem Gebirgskampfbataillon aus der Wallner-Kaserne (Saalfelden) und dem Jägerbataillon 24 aus der Franz-Joseph-Kaserne (Lienz). Von OberstdG Wolfgang Schweighofer, Kommandant des

Radarbataillons, wurde auf die Besonderheit der militärischen Dienstleistung und Treuepflicht hingewiesen.

Militärkommandant Brigadier Anton Waldner griff diese Feststellung auf und hielt fest, dass diese besondere Treueverpflichtung aber auch keine Einbahnstraße sei und es daher der Politik obliege, für die bestmöglichen Rahmenbedingungen, sehr gute Ausbildung und professionelles Gerät zu sorgen. Mitgestaltet wurde die Veranstaltung von Einsatzorganisationen sowie Traditionsverbänden.

Die Militärmusik sorgte für die musikalische Umrahmung der Veranstaltung. Nach der Angelobung gab es eine Kostprobe aus der Feldküche.

Gebirgskampfausbildung für Infanterieoffiziere

Die angehenden Infanterieoffiziere des Jahrganges „Hauptmann Neusser“ absolvierten eine dreiwöchige Gebirgskampfausbildung unter Führung des Gebirgskampfbataillons. In der ersten Woche stand die Erhöhung der Eigenbeweglichkeit im Gebirge im Vordergrund. Es standen die richtige Handhabung der Ausrüstung und der Bewaff-

nung unter fordernden Umfeldbedingungen, ein Einzel- und Truppgeschieß, sowie die Zusammenarbeit mit Überschneefahrzeugen auf dem Ausbildungsplan. Dies bildet die Basis für weitere Übungsvorhaben im extremen Gelände. Auch die 2. Ausbildungswoche der angehenden Infanterieoffiziere im Gebirge ging fordernd weiter. Am

Truppenübungsplatz Hochfilzen wurde für ein Scharfschießen mit Beteiligung von Grundwehrdienern erkundet und geplant. Der Höhepunkt war eine Biwaktour über zwei Tage im Raum Großarl, bei der sowohl die Überlebensfähigkeit der Fährnisse unter extremen Bedingungen, als auch die Verbringung mittels Hubschraubern geübt wurden. Die letzte Woche der Gebirgs-

kampfausbildung der angehenden Infanterieoffiziere stand im Zeichen eines Zuggefechtsschießens. Die Fährnisse führten dabei einen Jägerzug der Jägerkompanie des Gebirgskampfbataillons in der Einsatzart „Verteidigung“ am Truppenübungsplatz Hochfilzen. Auch Soldaten des Truppierzentrums wurden in das Übungsvorhaben integriert.



Ein Vorhaben im Gebirge erfordert viel Planungsarbeit.



12,7 mm - ein unverzichtbares Kaliber im Hochgebirge.

Erfolgreicher Abschluss des Winterlehrganges



Unerschrocken in Schnee und Eis

Nach fünf Wochen lehrreicher und anspruchsvoller Ausbildung, konnten 21 Lehrgangsteilnehmer den Winterlehrgang für die Erlangung der Qualifikation eines Heereshochgebirgsspezialisten am Gebirgskampfbataillon in Saalfelden erfolgreich beenden.

Österreichische, niederländische und kroatische Soldaten stellten sich der fordernden Ausbildung. Sie erlernten alle Fähigkeiten, um Soldaten im winterlichen Hochgebirge bei jedem Wetter zu führen. Nachdem die Teilnehmer des Lehrganges in der ersten Woche ihr skifahrerisches Können optimiert hatten, verlegte der Kurs ins Lesachtal in Kärnten. Dort lag der



Fokus der Ausbildung im Führen im winterlichen Hochgebirge, in der Anlage der richtigen Aufstiegsspur, der Lawinenbeurteilung, Seiltechniken und im richtigen Verhalten nach einem Lawinenunfall. Höhepunkt war die anschließende Gebirgskampfwoche. Die Lehrgangsteilnehmer

mussten bei dieser das bis dahin Erlernte in realistischen Gefechtsaufgaben im winterlichen Gebirge umsetzen. Neben der Durchführung von Scharfschießen auf Ski und Schneeschuhen stand dabei auch Überlebenstraining mit dreitägigem Biwak auf dem Dienstplan.

Kameradschaft der ehem. k.k. Freiwilligen Schützen

Jahreshauptversammlung



Verleihung der Jubiläumsmedaille in Silber für 40-jährige Mitgliedschaft. v.l.n.r.: Oberst i.R. Christian Wahl, Landesobmann Oberst Felix Redolf und Bezirksobmann Albert Preims.



Landesobmann Oberst Felix Redolf wird mit dem Landesehrenkreuz mit Schwertern in Silber ausgezeichnet

Wer nicht zufrieden ist mit dem, was er hat, der wäre auch nicht zufrieden mit dem, was er haben möchte.

Berthold Auerbach



Bettina Hecht wird der Verdienstmedaille in Gold geehrt.

Am 11. Februar 2020 fand im Heimathaus Maxglan die Jahreshauptversammlung statt. Als Ehrengast konnte Bezirksobmann Albert Preims begrüßt werden. Das Totengedenken galt den im letzten Jahr verstorbenen Vzlt i.R. Friedrich Nass, Mag. Albert Reiterer und Hofrat Marko Feingold. Landesobmann Oberst Felix Redolf berichtete über die zahlreichen Aktivitäten im abgelaufenen Jahr.

Insgesamt rückte die Kameradschaft 21 Mal zu Veranstaltungen und Terminen aus! Unter den Veranstaltungen verdienen besondere Erwähnung die Treffen mit den Alpini in Pontebba, Malborghet und der Seisera, die Friedenswallfahrt in Maria Plain, das Totengedenken beim Schützendenkmal am Residenzplatz sowie die Weihnachtsfeier.

Kassabericht und Bericht der Rechnungsprüfer bestätigten eine solide Gebarung und ordnungsgemäße Kassaführung. Landesobmann Felix Redolf konnte mit Bezirksobmann Albert Preims Auszeichnungen an folgende Kameradinnen und Kameraden verleihen: Ingrid Lütgendorf-Gyllenstorm erhielt das Ehren-

kreuz für Verdienste um die Kameradschaftspflege der Kameradschaft Hollabrunn.

Die Jubiläumsmedaille in Bronze für 10-jährige Mitgliedschaft erhielten: Margot Bachler, Schulrat Ing. Walter Gatterer BA, Mag. Erwin Niedermann und Vzlt i.R. Franz Turner. Mit der Jubiläumsmedaille in Silber für 25-jährige Mitgliedschaft wurden ausgezeichnet: Liselotte Ernst und Marianne Mahler. Mit der Jubiläumsmedaille in Silber für 40-jährige Mitgliedschaft wurde Obst i.R. Christian Wahl ausgezeichnet. Die Verdienstmedaille in Gold wurde an Bettina Hecht verliehen.

Landesobmann Felix Redolf Msc wurde von Bezirksobmann Albert Preims mit der hohen Auszeichnung des Landes-Ehrenkreuzes mit Schwertern in Silber ausgezeichnet. Bezirksobmann Albert Preims dankte in seinen Grußworten für die geleistete Arbeit und unterstrich die Wichtigkeit der Mitgliederwerbung, welche die Basis für eine Fortsetzung der Traditionspflege schafft. Nach den Grußworten konnte Landesobmann Redolf zum gemütlichen Teil überleiten.

Kameradschaft Salzburg Stadt Lehen • Untersberg

Ehrung für 40-jährige Mitgliedschaft

Am Freitag, den 28.2.2020, konnte beim ersten Vereinsabend der Kameradschaft in diesem Jahr Ehrenmitglied Brigitte Komposch mit der

Jubiläumsmedaille in Silber für 40-jährige Mitgliedschaft im Salzburger Kameradschaftsbund ausgezeichnet werden. Seit dem Jahr 1979 ist Brigitte



Komposch unentwegt im Verein tätig, zuerst als Marketenderin bei der Kameradschaft Salzburg-Stadt und in den letzten Jahren als Kassier-Stellvertreterin. Zusätzlich konnte die Kameradschaft bei allen Gartenfesten in den

vergangenen Jahren auf ihre Hilfe zählen. Im Anschluss an die Überreichung bedankte sich Obmann Helmut Schieferer in einer kurzen Ansprache bei Brigitte Komposch für ihre jahrelange tatkräftige Hilfe.



v.l.n.r.: Elfi Tanzenberger, Obmann Helmut Schieferer, Brigitte Komposch, Kassier Peter Hoch und Josef Mehr.

Kameradschaft Leopoldskron-Moos

Abschied



1941 zur deutschen Wehrmacht eingezogen, wo er zum Funker und Pionier ausgebildet wurde. Zwei Tage nach der Kapitulation der Wehrmacht geriet Jakob Wiendl in russische Gefangenschaft, aus der er 1948 entlassen wurde.

Nach der Heimkehr arbeitete er bei den Tauernkraftwerken beim Bau der Limbergssperre. Im Jahr 1951 heiratete er Maria Reischl, die ihm vier Kinder schenkte. Kamerad Wiendl fand eine Anstellung bei einer Baufirma, bei der er sich vom Hilfsarbeiter bis zum Polier emporarbeitete.

Am 21. Jänner 2020 verstarb das älteste Mitglied und der letzte Kriegsteilnehmer der Kameradschaft, Kamerad Jakob Wiendl. Dieser wurde 25. März 1923 als Sohn des Uhrmacherbauern in Leopoldskron-Moos geboren. Nach der Volksschule in Moos und der Hauptschule in Maxglan begann er eine Maurerlehre in Anif-Niederalm. Er wurde am 21. September

1955 trat er der Kameradschaft Leopoldskron-Moos bei, mit der er sehr verbunden war. Solange es seine Gesundheit erlaubte, war er ein fleißiger Ausrücker. Wenn man ihn brauchte, war er stets mit Rat und Tat zur Stelle.

Die Kameradschaft wird ihrem Verstorbenen immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Kameradschaft Maxglan

Schießbewerbe



v.l.n.r.: Hermann Rossmann, Wolf-Dietrich Wurmbrand, Fritz Rennert und Gauschützenmeister Kamerad Bernhard Brunner.

Zwei- bis dreimal in der Woche trainieren die Schützen der Kameradschaft Maxglan am Schießstand im Heimathaus Maxglan. An jedem Donnerstag ab 18.00 Uhr findet dieses Training statt - interessierte Gäste sind herzlich willkommen!

Das beliebte Bezirksschießen im März wurde vom Schützenverein und der Kameradschaft bei der Durchführung vor Ort in gewohnter Weise unterstützt. Bereits im Februar fand die Gaumeisterschaft im Luftgewehrschießen statt. Am Schießstand des 1. SSV Maxglan 1901 wurden die Gaumeister in den verschiedenen

Disziplinen ermittelt. Gauschützenmeister Bernhard Brunner gebührt ein besonderer Dank für seine gewissenhafte Durchführung des gesamten Wettkampfes.

Die Schützen aus Maxglan waren sehr erfolgreich: Wolf-Dietrich Wurmbrand erreichte in der Gruppe Senioren III den hervorragenden 1. Platz mit 418,7 Ringen.

Ebenfalls den 1. Platz erreichte die Mannschaft der Kameradschaft Maxglan mit den Schützen Wolf-Dietrich Wurmbrand, Hermann Rossmann und Fritz Rennert mit einer Gesamttranzanzahl von 1.226,2.



Flachgau

Kameradschaft Elsbethen

Generalversammlung mit Neuwahlen

Am 1. März 2020 fand nach einem gemeinsamen Kirchgang die Jahreshauptversammlung im Gasthaus Überfuhr statt.

Obmann Helmut Haas konnte dabei 85 Kameraden, die Marketenderinnen Bettina

Krabath und Theresa Krispler sowie Fahnenpatinnen Walburga Herbst und Hermine Pföß begrüßen.

Wie in den vergangenen Jahren waren auch heuer wieder zahlreiche Ehrengäste anwesend. Besonders begrüßt